

[◀ zurück](#)

Flugplatz Egelsbach

Netjets kauft zunächst drei Anteile

VON ACHIM RITZ

Die Flugplatzbetreiberin in Egelsbach schwenkt beim geplanten Verkauf des Airports an die Firma Netjets des US-Milliardärs Warren Buffett auf eine neue Route ein. Der Aufsichtsrat hat gestern eine Variante beschlossen, mit der die umstrittene Privatisierung des Verkehrslandeplatzes verwirklicht werden soll. Der Passus im Gesellschaftervertrag, wonach der Airport nur verkauft werden darf, wenn alle fünf Anteilseigner zustimmen, soll verschwinden. Die Gemeinde Egelsbach will sozusagen auf die Sperrminorität verzichten, damit der Verkauf umgehend realisiert und die drohende Insolvenz der Flugplatz-Betreiberin abgewendet werden kann.



Flugplatz Egelsbach
(Bild: dpa)

Offizielle Erklärung folgt

Netjets soll zunächst die Anteile des Kreises Offenbach, der Stadtwerke Langen und der Stadtwerke Offenbach Holding - eine 80-Prozent-Mehrheit kaufen - und somit das Sagen haben. Das Trio hat bereits grünes Licht gegeben. Eine offizielle Erklärung aus den USA zum Verkaufsabschluss ist für Anfang kommender Woche zugesagt, teilte die Flugplatz-Betreiberin gestern Abend mit. Das Geschäft wäre nach Ansicht des Aufsichtsrates möglich, obwohl die Kommunen Langen und Egelsbach wie gerichtlich untersagt, derzeit nicht über den Verkauf abstimmen dürfen. Die Parlamente sollten laut Verwaltungsgerichtshof Kassel zunächst über die Zulässigkeit der initiierten Bürgerbegehren entscheiden und danach mindestens 14 Tage mit einem Verkaufsbeschluss warten.

Diese neue Variante mit dem Verzicht auf die Sperrminorität der Anteilseigner Egelsbach und Langen kommentierte der Sprecher der Egelsbacher Bürgerinitiative Fluglärmabwehr-Gesellschaft (Flag), Günther de las Heras: "Netjets kann dann nach Belieben schalten und walten".

FR-Spezial

Alles zum Flughafen Egelsbach.
[Mehr](#)

Die Vorsitzende der Egelsbacher Gemeindevertretung, Claudia Berck, sagte gestern, dass das Parlament in einer für Dienstag, 24. März, anberaumten Sondersitzung über das Wegfallen der Sperrminorität abstimmen werde. Dies hatte die Gemeinde schon für vergangenen Donnerstag vorgesehen, doch das Verwaltungsgericht Darmstadt erließ auf Initiative der Gegner der Privatisierung kurzfristig ein Abstimmungs-Verbot. Die Richter drohten der Gemeinde ein Zwangsgeld von 5000 Euro an. Daraufhin wurde der Punkt am Donnerstag bei der Parlamentssitzung von der Tagesordnung genommen. Die Gemeinde legte gegen die Untersagung beim Verwaltungsgerichtshof Kassel aber sofort Widerspruch ein. Mit Erfolg. Die Richter hätten der Kommune mitgeteilt, dass das Parlament doch über das Aus der Sperrminorität abstimmen könne, sagte Claudia Berck. "Wenn wir noch länger warten würden, springt Netjets ab", sagte der Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Peter Walter (CDU), gestern.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 20.03.2009 um 19:16:01 Uhr

Letzte Änderung am 20.03.2009 um 19:25:24 Uhr

Erscheinungsdatum 21.03.2009

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1694724&em_loc=2091